

WILSDRUFF
WILSDRUFF
WILSDRUFF

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wochentlich 16 Mal. Preis pro Quartal 2 RM. frei Haus, bei Bestellung 1,50 RM. Zusätzl. Belegzahl 10 Mal 10 Pf. Bestellungen, unter Angabe d. Adressen, werden angenommen. In druckfertigen Exemplaren wird auf Bestellung der Zeitung oder Belegzahl. Abrechnung erfolgt nur, wenn Abrechnung verlangt.



Verlagsadresse: Im aufsteigenden Gelände Nr. 1. - Piffers-Gebäude 20. - Wilsdruff. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206. Abrechnung erfolgt über Postamt auf Radio.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts

Bekanntmachungen des Landrates zu Weichen und des Bürgermeisters zu Wilsdruff, des Finanzamts Roffen sowie des Forstrentamts Tharandt

Nr. 170 - 98. Jahrgang

Druckerschrift: „Tageblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Dienstag, den 25. Juli 1939

Beim rechten Namen genannt

Halt täglich versichern uns „wohlmeinende“ Zeitungen und Politiker jenseits des Kanals, daß wir Deutschen in einem verhängnisvollen Irrium befangen sind, wenn wir den „neuen Kurs“ der Londoner Politik als Einkreisung kennzeichnen. Man will uns den Begriff der Friedensfront verbieten, während wir das wahre Wort Einkreisung vorziehen, ohne jede Scheu vor den trübten Erinnerungen, die für Deutschland mit diesem Wort verbunden sind. Die müde Fiktion des englischen Außenministers, die er vor wenigen Wochen traf, daß den Engländern selbst die britische Politik klar und gerade erscheine, daß es aber vielleicht nicht schwer ist, sich vorzustellen, in welsch anderem Licht sie vielen denkenden Menschen in Deutschland erscheinen mag, ist nicht der einzige Beweis für die Nichtigkeit unserer deutschen Sprache von der Einkreisung. Es ist schon so, die britische Politik erscheint uns in einem ganz anderen Licht. Wir sind von den englischen Argumenten, daß die bereits abgeschlossenen oder noch abzuschließenden Verhandlungen und Garantieverträge nicht aggressiv gedacht seien, sondern nur gegenüber einer Angriffshandlung wirksam würden, die allerdings zunächst von den Achsenmächten zu erwarten sei, nicht überzeugt. Die Nachkriegserfahrungen haben uns gelehrt, den Versprechungen der Demokratie nicht zu sehr zu trauen und lieber für die eigene Stärke zu sorgen. Vor allem aber hat uns die Praxis der Genfer Liga oft genug gelehrt, wie schwach es ist, festzustellen, wann und wo ein Angriff vorliegt. England und gerade Frankreich sollten doch aus ihren Genfer Erfahrungen und nicht zuletzt aus denen des Spanienkrieges ihre Schiffe gezogen haben und wissen, daß es gerade ihre Politik war, völkerrechtliche Begriffe so auszulegen, wie es jeweils zu ihrer Politik paßt.

Wenn England daher jetzt zu seiner Propagandastärke die Frage erhebt, was bezeichnet ihr denn als Einkreisung, so ist die Antwort darauf nicht schwer zu erteilen. Es ist von deutscher Seite nie verstanden worden, daß es für Deutschland und Italien eine Reihe von Fragen zu lösen gibt, die für ihre Politik lebenswichtig sind und daher gelöst werden müssen. Per für die Achsenmächte bestehende Zwang, auf engstem Raum Lebensunterhalt und Verdienstmöglichkeiten für die beiden Völker zu schaffen, hat eine Reihe von Problemen entstehen lassen, deren Erledigung ohne Krieg auf dem Wege des friedlichen Ausgleichs zwischen den beteiligten Völkern und sich ist. Kein Volk wäre dabei in seiner Existenz bedroht oder in seinen natürlichen Ansprüchen beschränkt worden. Ja, die Lösung der Probleme auf dem engen Raume Europas hätte eine neue Epoche friedlicher Aufwärtsentwicklung eingeleitet. England ist mit seiner Politik auf dem besten Wege, jede vernünftige und friedliche Lösung unmöglich zu machen, indem es die verschiedenartigsten Interessen mit dem Hinweis auf die angebliche deutsche Bedrohung der kleinen Völker vorübergehend unter einen Hut bringt und sich damit die Möglichkeit schafft, an jedem beliebigen Punkt Europas den Anknüpfen zu einer Regelung bestehender Fragen als „Angriff“ zu bezeichnen und eine Kriegsmaschinerie zu entfesseln, deren Wirkung für die Welt einfach nicht zu übersehen ist.

Die Bündnisse und Garantien, die in diesem Augenblick von England eingegangen werden, wollen offensichtlich die Klärung aller offenen Fragen, die sich aber niemals umgehen lassen wird, verhindern oder zumindest die Form ihrer Regelung in das Ermessen der Demokratien stellen. Diese Politik aber nennen wir Einkreisungspolitik. Sie vertritt das Hinwegsehen des Systems der englischen Politik über den eigenen Lebensbereich und den Willen, den deutschen Lebensraum auch überall da zu beschränken, wo überhaupt keine Verührung mit englischen Interessen besteht. Ein Punkt allein zeigt bereits die Durchsichtigkeit der englischen Vorwände. Hatte man sich zu Beginn der Garantieverhandlungen noch allein auf den an sich schon schwer genug zu bestimmenden Begriff des Angriffs festgelegt, so ist man heute schon erheblich weiter gegangen und spricht offen von direktem und indirektem Angriff, von direkter und indirekter Bedrohung und fand schließlich die Formel, daß der Bündnis- oder Garantieschluß schon bei „einer Aktion, durch die der eine der Alliierten seine Sicherheit indirekt bedroht werden könnte“, gegeben ist. Unter diesen Formeln läßt sich die Anwendung bekannter englischer Bedrohungsmaßnahmen so ziemlich alles zusammenfassen, was als Lebensäußerung der Achsenmächte anzusehen ist. Hier beweist es sich, daß Englands System zu einer unübersehbaren und unkontrollierbaren Bündnis- und Garantiemaschinerie geworden ist, durch die jeder der Beteiligten an jeder Stelle Europas einen Konflikt herbeiführen kann, den er vielleicht gerade braucht, um von innerpolitischen Schwierigkeiten abzulenken. England kann für seine Politik kein natürliches Interesse nachweisen, sondern läßt sich allein von machtpolitischen Erwägungen und dem häßlichsten Streben, das deutsche Volk zu lähmen und auszunutzen, leiten. Hätte England nicht mit Garantieverprechungen die polnische Großmannstucht aufgeschwemmt und gefördert, so würde heute vermutlich kein Mensch in der Korridor- oder Danzig-Frage eine Kriegsgefahr erblicken. Hier zeigt sich die Doppelsichtigkeit britischer Politik, die durch King-Hall dem deutschen Volke vorgesagt wird, daß sie bemüht ist, den Frieden zu erhalten und andererseits jeden Versuch einer friedlichen Lösung von vornherein untergräbt.

Volksgenossen, nehmt ein Ferienkind auf!

Danzig vertraut auf den Führer

Gauleiter Forster: Unser unerfütterlicher Glaube ist es, daß Adolf Hitler uns heimführt!

Unter Bejahung auf die täglichen Erörterungen des Danziger Problems in der internationalen Presse veröffentlicht Gauleiter Forster im „Völkischen Beobachter“ einen Aufsatz, in welchem er sich vom grundsätzlichen Standpunkt aus mit den Ansichten des Auslandes auseinandersetzt und die Haltung Danzigs in der gegenwärtigen Situation eingehend erklärt. Man dürfe in dieser offiziellen Stellungnahme des Danziger Gauleiters, der als verantwortlicher Leiter der Danziger Politik in dauernder Fühlung mit den zuständigen Stellen des Reiches steht, eine endgültige und abschließende Erklärung zum gegenwärtigen Stande der internationalen Situation aus deutschem Munde erblicken. In dem Aufsatz von Gauleiter Forster heißt es: „In den letzten Wochen ist in der Auslandspresse über Danzig so viel geschrieben worden, daß es sich als notwendig erweist, einmal grundsätzlich zu all dem Stellung zu nehmen. Selbstverständlich hat man nicht unterlassen, Darstellungen und Kombinationen solcher Art zu veröffentlichen, als ob an einem angeblich gefährlichen und unruhigen Zustand in Danzig das nationalsozialistische Reich und die nationalsozialistische Führung Danzigs schuld seien. In diesen Täuschungsmanövern mit hebräischer Tendenz des Auslandes ist folgendes zu sagen: 1. Die Auslandspresse bedient sich in nichtberechtigter Weise der Worte „Lüge“. Da anscheinend im Augenblick in der übrigen Welt kein Problem zu finden ist, das man verwenden könnte, um dem nationalsozialistischen Deutschland Schmiergeld zu machen, bemüht man die Danzig-Frage, um die Welt gegen das Reich aufzubringen. Und, die wir die Anfänger dieser Dege kennen, regt das jüdische Getöse in der Weltspresse nicht weiter auf.“

2. Die Behauptung, in Danzig herrsche ein Durcheinander, ist in jeder Beziehung unzutreffend. Wer in diesen Wochen und Tagen in Danzig weilt, hat die Feststellung gemacht, daß hier zwar der Wille zur Bereitschaft, aber sonst Ruhe und Ordnung herrschen, während im Nachbarland Polen eine ungezügelt-keine Kriegshysterie vorhanden ist. Die Bevölkerung Danzigs geht fleißig ihrer Arbeit nach und bemüht die warmen Sommermonate, um sich am Ostseestrand zu erholen.

3. Wenn in und um Danzig wirklich Unruhe vorhanden sein sollte, so wäre es selbst dann eine Frechheit, einen solchen Zustand dem nationalsozialistischen Deutschland oder dem Verhalten der verantwortlichen Stellen in Danzig zuzuschreiben. Um der nennenswerten Republik Polen gegen jedes politische Nachteil zu verschaffen, hat man außerhalb jeglicher Überlegung der Versuch unternommen, ein Teil aus dem deutschen Volkstörper herausgerissen und zu einer „Selbständigkeit“ verurteilt, die niemals eine war und ist. Hätte man sich im Jahre 1919 nicht durch polnische Drohungen irren lassen, hätte man die polnische Geschichtsfälschung hinsichtlich der Bevölkerungszusammensetzung und der historischen Vergangenheit Danzigs als bewusste Fälschung der politischen Tatsachen erkennen wollen, hätte man das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch auf die Danziger Bevölkerung angewendet, dann wäre nie ein sinnloser Freiraum entstanden, England und Frankreich hätten es nicht nötig, sich Sorgen um Danzig zu machen, und die Journalisten der Weltspresse könnten sich mit den wirklichen Weltproblemen statt mit der Danziger Frage beschäftigen.

20jährige Sehnsucht

Wir müssen uns überhaupt wundern, daß man plötzlich ein solches Interesse für Danzig aufbringt. Zu man das etwa ein Mittel um das Schicksal der Danziger Bevölkerung? Nein! Denn als es Danzig wirtschaftlich schlecht ging, als es von Polen auf allen Gebieten fortan schikaniert wurde, hat sich fonderbarer Weise weder in England noch in Frankreich jemand mit der Danziger Frage befaßt. Der Wunsch der Danziger, zum Reich zurückzukommen, besteht nämlich nicht etwa erst seit zwei Monaten. Dieser Herzenswunsch ist genau so alt wie die freie Stadt Danzig selbst. Im Laufe der letzten 20 Jahre ist diese Sehnsucht immer wieder zum Ausdruck gebracht worden. Nach der Helmsche Osterreise, des Sudetenlandes und Memels ist begehrlicher Weise die berechtigende Forderung der Danziger immer deutlicher geworden. Auf der ersten Seite des „Danziger Wapostens“ stehen seit Erscheinen dieses Blattes, also seit neun Jahren, die Worte „Gegen verdrängte Wälfür, zurück zum Reich!“

Sicherlich würden auch die Engländer und Franzosen alles daran setzen, ein Gebiet, das von Angehörigen ihrer Nationalität bewohnt wäre, zurückzubehalten, und auch sie würden sich um die Einwände anderer Staatsmänner und Journalisten nicht kümmern. Wir Deutschen wären jedenfalls so gerecht, den Engländern zuzubilligen, daß eine Stadt, die aus nur englischer Bevölkerung besteht und widerrechtlich von England abgetrennt worden wäre, wieder zu England zurückkäme.

Es zeugt von einer unverantwortlichen Sondergier, wenn man, besonders von England aus, Polen zu zugeben versucht, in der Frage Danzig unter keinen Umständen nachzugeben. Man ist also in London eher bereit, Hunderttausende von Menschen auf das Schlachtfeld zu führen, als 400 000 Deutschen ihr selbstverständliches Recht zu geben. Dieses Gebot zeigt am besten die Friedensstillebe, die angeblich in den westlichen Staaten vorherrschen soll.

Dummheit oder Größenwahn?

Daß die Polen mit der Rückgliederung Danzigs ins Reich nicht ganz einverstanden sein wollen, ist begreiflich. Sie haben immer gehofft, eines Tages in dieser schönen deutschen Stadt ihren Einzug halten zu können. Sie haben mit der Ablehnung des Angebotes des Führers bewiesen, daß es ihnen nicht um

Sicherung ihrer sogenannten Rechte geht, sondern daß sie ausschließlich darauf ausgehen, Danzig unter ihren vollständigen Einfluß zu bekommen, um es am Ende zu besitzen. Die Forderungen nach Ostpreußen, Schlesien, Vorpommern berechtigen zu der Frage, ob man den Herrschaftsanspruch Polens als Dummheit oder Größenwahn auslegen soll.

So ist für uns in Danzig zwangsläufig eine neue Lage entstanden. Als führende Männer würden wir verantwortlichlos handeln, wenn wir angesichts dieser länderpolitischen Drohungen gegenüber Danzig und den in Reden und in politischen Zeitungen nahezu jeden Tag zum Ausdruck kommenden Forderungen, Danzig in den polnischen Staat einzuverleiben, nicht Maßnahmen zu unserem Schutz ergreifen würden.

Wir wissen schließlich nicht, ob es nicht eines Tages irgendeinem polnischen General - ähnlich wie im Falle Bliha 1923 - einfallen wird, einen Überfall auf Danzig zu unternehmen, um diese Stadt zu vernichten oder zu erobern. Was würde uns in so einem Falle eine Entschuldigung der polnischen Regierung nützen, ohne deren angebliches Wissen vielleicht ein Überfall geschehen ist? Was würde uns weiter das etwa in der Presse zum Ausdruck kommende Willeh in England oder in Frankreich nützen? Da wir in so einem Falle die Verantwortung wären - gar nichts! Wir können uns auch nicht darauf verlassen, daß uns in so einem Falle etwa die Genfer Liga, die als Schutzpatron über Danzig gestellt ist, hilft. Die Genfer Liga könnte ja auch wieder nur einen dritten Staat beauftragen, uns zu schützen. Das würde uns aber auch nichts nützen, denn bis dieser etwaige Schutz des Völkerbundes in Aktion treten würde, wäre unsere schöne Stadt bereits von feindlichen Soldaten erobert. Außerdem ist von der Genfer Liga ein Beschluß festgelegt worden, daß im Falle einer Gefahr für Danzig Polen beauftragt wird, Danzig zu beschützen. Damit wäre der Boden zum Überfall gemacht!

Wir Nationalsozialisten schaffen uns für solche Fälle lieber bessere Voraussetzungen.

Appell an die Welt

Was uns in solchen kritischen Zeiten innerlich ruhtig und gläubig in die Zukunft sehen läßt, ist die heilige Überzeugung, daß das Großdeutsche Reich, als unser Mutterland, hinter uns steht und uns sofort zu Hilfe kommen würde. Daß darüber hinaus auch wir in Danzig uns mit unseren beschiedenen Kräften und Mitteln ebenfalls die Voraussetzungen schaffen, um einen polnischen Überfall abzuwehren, kann uns niemand verargen. Es ist eine unter den vielen in der Auslandspresse verbreiteten Lügen, wenn man behauptet, daß deutsches Militär nach Danzig gekommen sei. Die ganze Welt und vor allem unser polnischer Nachbar sollen es wissen, daß in Danzig Männer genug sind, entschlossen und mutig in jedem Augenblick, wenn es sein müßte, ihre Heimat bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen. Unser polnischer Nachbar möge zu Kenntnis nehmen, daß in Danzig in den letzten Wochen Vorsorge dafür getroffen worden ist, daß ein Handreich über überraschender Überfall auf das deutsche Danzig ausfindiglos gemorden ist.

Wenn man uns nun vielleicht vorhalten sollte, daß wir durch Errichtung eines Selbstschutzes irgendwelche vertraglichen Rechte gedrohen haben, so können wir dem nur entgegenen, daß das Recht der Verteidigung, das jedem Tier vom Herrgott in Form von natürlichen Abwehrmöglichkeiten gegeben ist, auch den Deutschen in Danzig zusteht. Wir wären freigeige und verantwortungslos Führer, wenn wir nicht die Befehle vor uns sehen und uns nicht zur rechten Zeit davor schütten würden. Daß wir von Danzig aus niemand angreifen können und wollen, braucht nicht besonders betont zu werden. Es ist daher schäferlich, wenn an der Danzig-polnischen Grenze auf polnischer Seite alle möglichen Befestigungsanlagen kleinerer und größerer Art angelegt werden. So hinaus, wie sind viel eher berechtigt, so etwas zu tun, als die Gegenseite.

Danzigs Parole heißt Adolf Hitler

Die Nationalsozialistische Partei als Führerin und Vertreterin der Belange der Danziger Bevölkerung geht zusammen mit der Danziger Bevölkerung den von ihr als richtig erkannten Weg weiter. Die verantwortlichen Männer werden sich durch keinerlei Drohungen oder durch die Pressehege des Auslandes aus der Ruhe bringen lassen.

Es gibt für uns alle eine ganz klare und unmissverständliche Parole, die einen einzigen Namen umfaßt, und der heißt „Adolf Hitler!“

Wenn wir auch vom Reich abgetrennt und heute noch dazu beurteilt sind, als Freiraum ein sogenanntes Eigenleben zu führen, so wollen wir doch alle und feindlich gesonnenen Staatsmänner der westlichen Demokratien und in Polen davon in Kenntnis setzen, daß Adolf Hitler, der Führer des Deutschen Volkes, auch unser Führer ist. Seine Befehle sind und schon seit Jahren und heute ganz besonders genau so heilig und unantastbar wie den 20 Millionen im Großdeutschen Reich.

Unser unerfütterlicher Glaube ist es, daß Adolf Hitler auch diese 400 000 vom Reich getrennten Volksgenossen und Volksgenossinnen wieder heimführt ins Mutterland und damit ein weiteres in Versailles Diktat niedergelegtes Unrecht aus der Welt schafft.

Die Nichtangriffspakte in Kraft

Austausch der Ratifikationsurkunden zwischen England, Lettland und Deutschland. Im Auswärtigen Amt in Berlin hat der Austausch der Ratifikationsurkunden zu dem deutsch-englischen und dem deutsch-lettischen Nichtangriffspakt, die vor kurzem hier unterzeichnet worden sind, Ratifikationsurkunden. Die Westmächte sind damit in Kraft getreten.